

Antrag - Nr. StVV - AT 8/2026 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12.03.2026		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Digitale Souveränität Bremerhavens stärken (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P)

Die Debatte über die Abhängigkeit von privaten Nutzer:innen, Firmen und öffentlichen Verwaltungen von den digitalen Angeboten der große vor allem US-amerikanischen Tech-Konzernen wird schon länger geführt. Zugespißt hat sich diese seit der Amtseinführung des amerikanischen Präsidenten Donald Trump und der darauffolgenden zunehmend konfrontativen Außenpolitik der USA. Europa sieht nun zunehmend die großen Probleme, die damit verbunden sind, wenn man weder über die Speicherung noch beim Verkehr von Daten die Kontrolle hat. Diese Abhängigkeit besteht dabei nicht allein von US-amerikanischen Firmen, sondern auch von chinesischen.

Zwar kann Bremerhaven alleine an diesen globalen Abhängigkeiten nichts Grundlegendes ändern. Allerdings ist der Magistrat mit seinem Betrieb für Informationstechnologie Bremerhaven (BIT) schon erste Schritte in Richtung mehr digitale Souveränität gegangen. An einigen Stellen der städtischen Verwaltung wird bereits Open-Source-Software genutzt. Diesen Weg gilt es entschieden fortzusetzen. Als erstes Bundesland hat Schleswig-Holstein entschieden, sich ganz unabhängig zu machen und alle Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung nur noch auf Basis von Open-Source-Software aufzubauen. Auch in vielen anderen Bundesländern folgen Städte und Gemeinden dem Ziel, die digitale Souveränität in ihrer Datenverarbeitung zurückzuerlangen. Diese Souveränität soll durch zugängliche Quellcodes sowohl die Transparenz steigern, Abhängigkeiten verringern als auch den Verwaltungen mehr Möglichkeiten bieten, die Anwendungen auf die eigenen Bedürfnisse anzupassen bzw. diese weiterzuentwickeln.

Schleswig-Holstein geht als Land hier voran, aber nicht im Alleingang. Schon seit ein paar Jahren gibt es das *Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS)*, das, gegründet vom Bundesministerium des Innern, die Öffentliche Verwaltung von Kommunen dabei unterstützt, „ihre Handlungsfähigkeit im digitalen Raum langfristig abzusichern – vor allem, indem kritische Abhängigkeiten von einzelnen Technologieanbietern aufgelöst werden“ (<https://www.zendis.de/wer-wir-sind>). Damit gibt es eine Agentur, die von der Bundesregierung eigens dafür geschaffen wurde, um interessierten Städten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, wenn sie ihre digitale Souveränität stärken wollen.

Eine Umstellung der städtischen IT ist ein langfristiges Projekt. Bremerhaven würde dies in Zukunft konkrete Vorteile bringen. Beispielsweise ließe sich die Qualität der eigenen IT den besonderen Ansprüchen der Verwaltung entsprechend weiterentwickeln. Vor allem aber böte diese transparente Lösung einen besseren Schutz der Daten der Bürger:innen. Insofern sollte Bremerhaven konsequent auf digitaler Souveränität setzen!

Aus diesen Gründen möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich grundsätzlich zum Ziel der digitalen Souveränität der Stadt Bremerhaven. Der Schutz der Daten Bremerhavener Bürger:innen sowie die volle Transparenz durch die Nutzung von Open-Source-Software sind die wesentliche Grundlage für die angestrebte weitere Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung.

Um dieses Ziel zu erreichen, fordert die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat auf:

1. Der Magistrat setzt eine Arbeitsgruppe ein, die sich hinsichtlich der Beschaffung und Bewirtschaftung der digitalen Infrastruktur systematisch damit befasst, wie die Stadt Bremerhaven ihre digitale Souveränität erreichen kann. Diese Arbeitsgruppe soll ein Konzept erarbeiten, wie die Verwaltung der Stadt Bremerhaven auf Open-Source-Software umgestellt werden kann – sowohl hinsichtlich der weit verbreiteten Office-Anwendungen als auch spezialisierter Programme für Fachverfahren. Dieses Konzept soll konkrete, zeitlich festgelegte Meilensteine für die Umsetzung enthalten.
2. Diese Arbeitsgruppe hat auf die Unterstützung des Zentrums für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) der Bundesregierung zurückzugreifen, um möglichst ressourcensparend zu arbeiten.
3. Das Konzept zur digitalen Souveränität der Bremerhavener Verwaltung soll der Stadtverordnetenversammlung innerhalb von drei Jahren vorgelegt werden. Es sollen dabei auch die unterschiedlichen Auswirkungen einer Umstellung auf Open-Source-Software den Bedingungen der derzeitigen IT-Anwendungen gegenübergestellt werden, um auf dieser Basis zu klären, wie Bremerhaven am besten die digitale Souveränität der öffentlichen Verwaltung erreichen kann.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Claudius Kaminiarz
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P